

Konferenz der internationalen Solidarität

Im März 2011 überfiel die NATO mit ihren Verbündeten Libyen. Mit über 30.000 Luftangriffen wurden große Teile des Landes zerstört und über 60.000 Menschen ermordet. Die Vertreter der legitimen Regierung wurden gestürzt und größtenteils ermordet.

Ein durch die NATO installiertes neues Regime soll das Land in die koloniale Abhängigkeit des Imperialismus zurückführen. Erdöl und Wasser werden geplündert.

Dem Krieg vorangegangen war eine Medienkampagne, durch die es den Herrschenden gelang, weite Teile der Friedensbewegung und einige linke Organisationen zu paralysieren oder gar für ihren Krieg zu gewinnen ("Der Sturz des Gaddafi Regimes war lange überfällig!" Redebeitrag Afghanistan-Demo am 3.12.2011).

Von Katar bezahlte Söldner, britische Spezialtruppen, benghazische Monarchisten und Salafisten standen den Truppen eines emanzipatorischen Staates gegenüber, dessen Außenpolitik gegenüber den afrikanischen Staaten von Solidarität, Hilfe und Schaffung von Einheit gegen den Imperialismus gekennzeichnet war. Einem Land, in dem nicht die Banken und Konzerne das Sagen hatten und über den gesellschaftlichen Reichtum verfügten. Den Herrschenden gelingt es nach wie vor, der Bevölkerung die Konterrevolution in Libyen und Syrien als fortschrittlich zu verkaufen.

In anderen Teilen der Welt werden Tamilen, Palästinensern oder Kurden deren Rechte durch eine brutale Besatzungspolitik verwehrt.

Das im Völkerrecht verankerte Selbstbestimmungsrecht aller Staaten wird durch die Hegemonialansprüche der NATO-Achse in Frage gestellt. Länder wie Cuba, Eritrea, Zimbabwe oder Ecuador werden mit Sanktionen bedacht und militärisch bedroht.

Doch die ständige militärische Eskalation kann nicht aus der ökonomischen und politischen Krise heraus führen. Sie spitzt im Gegenteil die innerimperialistischen Konflikte zu. In den Kriegen um die Kontrolle über die Rohstoffe werden Millionen Menschen sinnlos ermordet und verstümmelt, die Erde wird verseucht.

Angriffe gegen „unliebsame“ afrikanische Länder haben noch 2011 begonnen:

Äthiopien griff stellvertretend für die USA **Somalia** an, **Eritrea** wurde von der UNO mit neuen Sanktionen bedacht, in **Uganda** wurden US-Soldaten stationiert, deren Mandat auch einen Schutz gegen den **Sudan** umfasst und in der **Elfenbeinküste** (Côte d'Ivoire) wurde der langjährige Staatschef Gbagbo nach Den Haag überstellt.

Die Konferenz

Wir wollen durch eine lokale Konferenz den Gedanken der internationalen Solidarität hier in Nürnberg mit Leben füllen, sowie eurozentristischen, bürgerlichen und sektiererischen Auffassungen entgegentreten. Im Hinblick auf die Terroraktionen und Kriegsdrohungen der NATO-Staaten und deren Verbündeten gegen Syrien und Iran, möchten wir alle antiimperialistischen Kräfte bündeln.

Auf der Konferenz werden politisch aktive Migrant*innen aus antiimperialistischen Ländern und Bewegungen, sowie lokale Solidaritätsgruppen die Situation in ihren Ländern im Kampf um Souveränität und gegen den Imperialismus darstellen. Wir wollen solidarisch über Gemeinsamkeiten und Unterschiede diskutieren. Die Zusammenarbeit aller Antiimperialisten in Nürnberg soll verbessert werden.

Samstag, 12. Mai 2012

Einlass: 13.30h Beginn: 14.00h

Großer Saal, Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6 in Nürnberg

Eintritt: 3€ (Ermäßigt 2€) *

*Achtung: Eintrittskarten gibt es nur im Vorverkauf bei allen unterstützenden Organisationen!

Veranstalter: Antikriegsbündnis Nürnberg — Fürth

Unterstützer: Antifaschistische Linke Fürth, Deutsche Kommunistische Partei Nürnberg, Freidenker Nürnberg, Freundschaftsgesellschaft BRD-Cuba Nürnberg, IMV Institut für Medienverantwortung, junge welt-Leserinitiative, Solidarität International Nürnberg, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Nürnberg, Kommunistische Arbeiterzeitung Gruppe Nürnberg